

Noch gibt es in Deutschland ein weit verbreitetes Wissen über Russland, das aus der Literatur des Zarenreichs überliefert ist. Ein beliebtes Genre von Klassikern wie Nikolai Gogol ist die Beamten satire, in der die Dysfunktionalität von amtlichen Entscheidungsgängen, aber auch die furchtbare Eigenlogik einmal getroffener Beschlüsse des Behördenapparats beleuchtet wird. Dieses Wissen ist hilfreich, um eine Entscheidung des Höchsten Gerichts der Russischen Föderation zu verstehen, die dieses am 7. Juni auf Antrag des Moskauer Justizministeriums fällte. Es stuft eine „Antirussische Separatistische Bewegung“ als „extremistisch“ ein, und zwar auf Grundlage eines Gesetzes, das für die Bekämpfung von terroristischen Organisationen wie Al-Qaida geschaffen worden war. Angehörigen der Bewegung droht eine Haftstrafe von mehr als zehn Jahren, aber auch jeder, der Geld oder andere Leistungen von einem Mitglied empfängt, kann belangt werden. Allerdings gibt es diese „Antirussische Separatistische Bewegung“ gar nicht.

Man hat sie sich im Justizministerium ausgedacht, so, wie man sich ein Jahr zuvor eine „Internationale LGBT-Bewegung“ ausgedacht hat, die ebenfalls der Verfolgung unterliegt. Die „Antirussische Separatistische Bewegung“ ist eine fiktive Dachorganisation von 55 real existierenden unliebsamen Organisationen wie dem „Tscheschenischen Weltkongress“, der Initiative „Freies Tscherkessien“ sowie der Organisation „Grüner Keil – Mein Batkiwtschyna“. Auf diese Liste geriet auch die altehrwürdige „Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde“ (DGO), die auf ein mehr als hundertjähriges Bestehen zurückblickt – hundert Jahre, die überwiegend geprägt waren von dem Bemühen, „Russland zu verstehen“. Im gegenwärtigen Krieg tritt die DGO hervor durch sachliche Russlandkritik. Jetzt sind alle Mitglieder dieser größten deutschen Vereinigung der Osteuropakunde von der Androhung von Strafe betroffen, die grundsätzlich auch durch internationalen Haftbefehl realisiert werden kann.

#### Systematische Kriminalisierung

Ein Versehen, das korrigiert werden könnte? Wer so denkt, hat die eiserne Folgerichtigkeit des Handelns russischer Behörden nicht verstanden. Die DGO steht auf der Liste, und es ist nicht zu erwarten, dass sie von dort entfernt wird. Der deutsche Botschafter in Russland Alexander Graf Lambsdorff beschwichtigt, die russische Staatsmacht werde die Gerichtsentscheidung „großzügig“ handhaben. Das ist möglich, aber keineswegs sicher. Ich empfehle meinen Studenten, sich nicht auf diese „Großzügigkeit“ zu verlassen. Was dieses Urteil bedeutet, ist unklar; und man kann nicht einmal sagen, ob diese Unschärfe nur die Folge einer zunächst unbedachten Entscheidung ist oder von vorneherein so geplant war. Jedenfalls können sich Mitglieder der DGO in Russland oder einem mit Russland befreundeten Land nicht mehr sicher fühlen. Niemand kann sagen, ob sich der repräsentative Charakter des Regimes weiter verschärfen wird und welche Obsessionen die russische Innenpolitik noch entwickeln mag. Die Gelegenheit, einen ausländischen Wissenschaftler zu verhaften, kann in einer solchen Atmosphäre den Behörden gerade recht kommen, zumal in Situationen, in denen ein staatlicher „Bedarf“ an inhaftierten Ausländern besteht für einen internationalen Gefangenenaustausch mit dem Westen.

Schon jetzt ist zu beobachten, wie jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf die Situation reagieren. Einige gehen das Risiko ein und setzen ihre Reisen



Gebannt im Übergang: das Museum Karlshorst in Berlin

Foto David Auserhorst

# Halbe Transformation

Deutsche Osteuropahistoriker werden von Russland wie Kriminelle behandelt. Davon unbeirrt hält die deutsche Politik an alten Verbindungen fest. Im Trägerverein des Museums Berlin-Karlshorst dürfen sogar Kriegsverbrecher mitreden.

Von Martin Schulze Wessel

nach Russland fort. Andere vermeiden dies – oder entscheiden sich von vornherein gegen ein Studium der Politik, Geschichte oder Kultur Russlands. Man überlegt jetzt zweimal, in der DGO eine sichtbare Rolle zu spielen oder DGO-Stipendien und -Preise anzunehmen, wenn Russland der Gegenstand der eigenen Forschungen ist und man Studienreisen nach Russland und russlandfreundlichen Staaten wie Belarus nicht dauerhaft ausschließen will. Der russische Staat trifft die deutsche Russlandforschung ins Mark. Manche Beobachter sehen sich an die Zeiten des Kalten Kriegs erinnert. Tatsächlich ist dieser Vergleich aber eher verharmlosend. Die wenigen Studenten und Studentinnen, die seit den Sechzigerjahren aus dem Westen in die Sowjetunion kamen, mussten damit rechnen, abgehört zu werden, und der KGB konnte Dossiers über sie anlegen. Zuweilen rief die Parteizeitung die Bevölkerung zur Wachsamkeit auf, westliche Studenten

könnten Spione sein. Es gab aber keine systematische Kriminalisierung der westdeutschen Osteuropawissenschaft.

Der Vorstand der DGO geht professionell um mit der Einstufung als „extremistische Organisation“, die nicht nur sie selbst, sondern die deutsche Osteuropaforschung insgesamt bedroht. Sie informierte ihre Mitglieder sofort über die möglichen Konsequenzen der Entscheidung und versucht, über politische Kanäle die russischen Entscheider zu beeinflussen. Die Aussichten auf Erfolg sind gering.

Eine folgerichtige Reaktion des deutschen Wissenschaftssystems könnte darin bestehen, von der traditionell auf Russland fixierten Forschung Abstand zu nehmen und institutionelle Verbindungen mit der Ukraine auszubauen. Zeitlich befristete Initiativen gibt es, finanziert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, durch Zentrenbildung in Frankfurt/Oder und Regensburg sowie durch

den Aufbau transnationaler Forschungsverbände mit einer Förderung durch das Bundesforschungsministerium (München/Lemberg). Das Wissenschaftskolleg zu Berlin hat mit auf zunächst drei Jahre befristeten Mitteln der Volkswagen-Stiftung die Gründung eines „Ukraine Institute for Advanced Study (UIAS)“ in Kiew initiiert. Im Bereich der institutionellen Förderung vollzieht sich der Wandel nur zäh. Die Max-Weber-Stiftung, in der die deutschen geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland zusammengefasst sind, wartet bislang vergeblich auf die Förderung einer eigenen Einrichtung in Kiew. Nachdem die russischen Behörden das „Deutsche Historische Institut“ (DHI) in Moskau als unerwünschte Organisation eingestuft und damit der Max-Weber-Stiftung den Stuhl vor die Tür gesetzt hatten, gründete diese ein „Netzwerk Osteuropa“, in dem bestehende Einrichtungen und neue, aus dem aufgelösten Moskauer

DHI hervorgehende Institute zusammengefasst werden. Warschau, Vilnius, Helsinki, Tiflis, Prag sind die bestehenden beziehungsweise geplanten Knotenpunkte im neuen Netzwerk. Kiew bildet eine auffällige Leerstelle. Es stellt sich auch die Frage, ob der oft beschworene dekoloniale Perspektivenwechsel vom imperialem Zentrum in Moskau hin zu den Peripherien in den neuen Zweigstellen wie Tbilisi und Helsinki, die nach der Schließung des Moskauer DHI eröffneten wurden, nur proklamiert oder auch vollzogen wird. In der Ausschreibung für die Leitung der Einrichtung in Tbilisi wurde als obligatorische Sprachkenntnis nicht Georgisch verlangt, sondern Russisch.

Ein Beispiel für eine halbe Transformation ist das Museum Berlin-Karlshorst, das sich am Ort der deutschen Kapitulation vom Mai 1945 befindet. Bis 2022 hieß es „Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst“, ein Name, der die

sowjetische Geschichte des Leidens wie auch des Triumphs im Zweiten Weltkrieg auf die Rolle Russlands reduzierte und die nicht-russischen Nationen wie Ukraine und Belarus übergab. Gerade dieses Museum gehörte zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, die als erste auf die russische Invasion reagierten und eine Namensänderung vornahmen. Auch das Ausstellungsprogramm des Museums hat sich geändert und zeigt neben der Dauerausstellung über „Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg“ auch Sonderausstellungen, die die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen kritisch beleuchten. Am 23. August 2024 eröffnete mit „Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin Pakts“ eine Ausstellung, die ausdrücklich die Sichtweisen der Ostmitteleuropäer aufnehmen wollte, „um die europäischen Konflikte der Gegenwart zu verstehen“.

#### Satire deutscher Bedächtigkeit

Man könnte die Namensänderung und das neue Programm des Museums als den vorbildlichen Wandel einer einst russlandfixierten Institution verstehen, wäre nicht die institutionelle Zusammensetzung des Trägervereins des Museums weitgehend unverändert geblieben. Zu den Mitgliedern des Vereins gehören gleich drei Ministerien der Russischen Föderation, nämlich das Außenministerium, das Kulturministerium und das Verteidigungsministerium, das Gegenstück sind die drei entsprechenden deutschen Ministerien. Eine Vertretung der Ukraine oder von Belarus gibt es auf dieser Ebene nicht. Zu den Mitgliedern des Trägervereins gehören ferner mehrere zentrale russische Museen mit Sitz in Moskau wie das „Zentrale Museum der Streitkräfte“ (im Vorstand), das „Staatliche Historische Museum“ und das „Zentrale Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“. Die massive Präsenz von russischen Ministerien und Museen in der Mitgliedschaft des Karlshorster Museums wird nicht annähernd dadurch ausgeglichen, dass auch jeweils ein Museum zum Zweiten Weltkrieg aus Belarus und der Ukraine aufgenommen wurde.

Nun könnte man sagen: Hauptsache, das Museum macht gute Arbeit. Man kann auch einwenden, dass die Veränderung einer Mitgliederstruktur ein äußerst schwieriges Geschäft ist. Aber das Verteidigungsministerium und das Außenministerium der Russischen Föderation sind für Völkerrechtsbruch und schlimme Kriegsverbrechen verantwortlich sowie für einen hybriden Krieg, der auch gegen Deutschland geführt wird. Nachdem die russische Staatsmacht das Tisch Tuch mit dem DHI Moskau und jetzt mit der DGO zerschneiden hat, was spricht noch dagegen, den Trägerverein des Karlshorster Museums aufzulösen und ohne die russischen Ministerialen und Museumsfunktionäre neu zu gründen?

Russland bedroht die deutsche Russlandforschung existenziell, aber die deutsche Politik hält anscheinend unbeirrt an der bestehenden Russlandverbindung fest. Konsequenz wäre eine entschiedene Aufwertung der institutionellen Förderung von Ukrainestudien. Russischkenntnisse und ein historisch, kulturell und sozialwissenschaftlich vertieftes Russlandverständnis würde man auch dann noch brauchen, schon um die Satiren Gogols zu lesen, eines großen ukrainischen Schriftstellers, der auf Russisch geschrieben hat. Einstweilen ist die russische Satire aber eigentlich eine deutsche Satire, eine Satire der Bedächtigkeit, des Hoffens auf großzügige Auslegungen, des Pfeifens im Walde.

Martin Schulze Wessel lehrt Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

## Vom Virenstammbaum zum Sprachstammbaum

Ein Tübinger Forschungsprojekt rekonstruiert Sprachverwandtschaften allein auf lautlicher Basis per KI

Mammutbäume können mehr als zweitausend Jahre alt werden. Übertroffen werden sie darin nur von einer anderen Baumart – den Stammbäumen der Sprachfamilien. Der des Indogermanischen begann sich schon vor etwa sechs-tausend Jahren zu gabeln. Aus ihm wuchsen dicke Äste wie das Germanische, Slawische, Indoiranische, Romanische oder Keltische, aus denen als jüngste Zweige Sprachen wie Deutsch, Englisch, Spanisch, Russisch oder Walisisch sprossen sind. Noch mindestens tausend Jahre mehr „auf der Uhr“ hat der sitibetische Familienstammbaum, aus dem Chinesisch, Tibetisch oder Birmanisch hervorgegangen sind. Und die Wurzeln der Khoisan-Familie im südlichen Afrika reichen möglicherweise sogar zehntausend Jahre tief in die Vergangenheit. Im Unterschied zu den mächtigen Mammutbäumen sind Sprachstammbäume allerdings theoretische Gebilde, von Linguisten in mühsamer Kleinarbeit erstellt.

Die Grundlage solcher Stammbaum-Rekonstruktionen bilden Wörter aus unterschiedlichen Sprachen, die jeweils Laut für Laut verglichen werden. Das lateinische frater, das französische frère, das englische brother und das deutsche Bruder lassen sich so einer gemeinsamen urindogermanischen Wurzel zuordnen: bhrāter. Die allerdings ist nur erschlossen, denn es gibt keine Tontafeln oder sonstigen Zeugnisse der indogermanischen Ursprache. Wenn sich zeigt, dass zwei Sprachen viele Wörter haben, die jeweils auf einen gemeinsamen Vorfahr

ren zurückgehen – „Kognaten“ genannt – gelten sie als eng verwandt. Je weniger solcher Kognaten die verglichenen Sprachen aufweisen, desto weiter liegen sie im Stammbaum auseinander und desto mehr Zeit ist vergangen, seit sich ihr gemeinsamer Ast gabelte.

Für die Vergleiche werden Grundbedeutungen herangezogen, für die es in allen zu untersuchenden Sprachen Bezeichnungen gibt. Solche „Basiskonzepte“ sind zum Beispiel „Auge“, „Stein“, „ich“ und „du“, „rot“, „alt“ oder „Morgen“. Früher wurden die so ausgewählten Wörter manuell verglichen. Heute übernehmen das meistens Computerprogramme. Deren Algorithmen stammen aus den Biowissenschaften, wo sie für die statistischbasierte Rekonstruktion von Virenstammbäumen eingesetzt werden. Ein Zentrum dieser computergestützten Paläolinguistik ist das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig.

Bislang müssen die Wörter für den Vergleich in eine standardisierte Schriftform gebracht werden, die die entscheidenden lautlichen Eigenschaften möglichst eindeutig wiedergibt. Das kostet Zeit, vor allem wenn es sich um schriftlose und bislang wenig erforschte Sprachen handelt, bei denen solche Vorarbeiten noch nicht geleistet wurden. Dazu zählt die Mehrheit der etwa 6500 Sprachen auf der Welt, von denen viele zu dem vom Aussterben bedroht sind. Hinzu kommt, dass bei der Verschriftung durch menschliche Codierer auch immer subjektive Faktoren ins Spiel kommen, die das Ergebnis verzerren können.

Ein Team unter Leitung des Sprachwissenschaftlers Gerhard Jäger entwickelt nun an der Universität Tübingen ein KI-System, das in der Lage sein soll, akustische Sprachdaten direkt zu analysieren und so den Flaschenhals der Verschriftung zu umgehen. Das Projekt „Phylomilia“ – der Name kombiniert den „Stammbaum“ mit dem griechischen Wort für „Rede“ – wird von der Volkswagen-Stiftung als „Pioniervorhaben“ gefördert. Dabei kommt die Methode des „Deep Learning“, eine Form des maschinellen Lernens, zur Anwendung. Ein mehrschichtiges neuronales Netz wird mithilfe von Sprachdaten darauf trainiert, gesprochene Wörter und Sätze zu analysieren, hervorstechende lautliche und grammatische Merkmale zu identifizieren, zu erkennen, welche davon über längere Zeiträume konstant bleiben, und frühere Sprachstufen zu rekonstruieren. Eine statistische Analyse soll es ermöglichen, Verwandtschaftsverhältnisse aufzudecken und auf dieser Basis die Stammbäume kompletter Sprachfamilien zu erstellen.

Durch den direkten Zugriff auf die mündliche Sprache hoffen die Forscher, lautliche Details zu erfassen, die in der schriftlichen Aufzeichnung verloren gehen. Anwendbar sein soll das System auf alle Sprachen. Als Trainingsmaterial dienen Audiodateien mit Texten in gut fünfzig Sprachen aus elf Sprachfamilien.

Sprachfamilien mit Methoden der statistischen Bioinformatik zu untersuchen ist schon seit geraumer Zeit üblich. Die automatischen Verfahren zur Verwandt-

schaftsbestimmung haben aber nach wie vor Tücken. So können Wörter, die aus anderen Sprachen entlehnt sind, das Ergebnis verzerren: Würde man beispielsweise nur das Wort Kopf zum Maßstab für Ähnlichkeitsmessungen nehmen, käme man zu dem Schluss, dass Deutsch keine germanische Sprache ist: Kopf geht auf das lateinische cuppa für „Schale“ zurück, während die entsprechenden Wörter in anderen germanischen Sprachen mit dem altheutschen Hauptverwandt sind. Traditionell arbeitende Sprachforscher, die ihre Sprachvergleiche noch „von Hand“ vornehmen, können in solchen Fällen ihr sprachhistorisches Wissen einsetzen. Das gilt auch für Wörter aus derselben Wurzel, die sich lautlich sehr weit auseinanderentwickelt haben: so zum Beispiel der lateinische pes, aus dem infolge der germanischen Lautverschiebungen der deutsche Fuß wurde.

Ob solche Fälle ein Problem für die automatischen Verfahren darstellen, wird kontrovers diskutiert. Für Gerd Jäger liegen im Mangel an sprachhistorischem Vorwissen, den das KI-Programm aufweist, der Vorteil der Unvoreingenommenheit und die Chance, Fakten in der Evolution der Sprachen zu entdecken, die dem Auge des menschlichen Forschers bisher entgingen. „Es ist auch durchaus denkbar, dass das System Sprachwandelprozesse wie die germanische Lautverschiebung aus den Daten heraus rekonstruiert. Wenn das gelingt, ist es eine zusätzliche Bestätigung unserer Methode.“ WOLFGANG KRISCHKE

## Verrückter Plan

Helmholtz-Gemeinschaft gegen 3sat-Kürzung

Wenn es um die Wissenschaftskommunikation geht, ist sich die Politik normalerweise einig: Es kann nicht genug davon geben. Wissenschaftler sollen Bürger mit Blogs und Podcasts, Infobussen und Speed-Datings möglichst vor der Haustür abholen, damit sie nicht in die Fänge alternativer Wissensproduzenten geraten. Wie sie darüber noch die Zeit für Forschung und Lehre finden, bleibt ihnen überlassen. Angesichts des Wildwuchses an Kanälen hat sich zwar der Standpunkt durchgesetzt, dass Wissenschaftskommunikation professionelle Standards und Strukturen braucht, wie sie finanziert werden soll, bleibt aber meistens offen.

Die politischen Planspiele, den Sender 3sat mit Arte zusammenzulegen, die nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom Freitag noch nicht völlig vom Tisch sind, waren da ein ziemlicher Schlag in die Magengrube. Mag der Sender sein Programm auch mit Natur- und Tierdokumentationen füllen: An keiner anderen Stelle im deutschen Fernsehen wird so ausführlich und kompetent über Wissenschaft informiert wie hier, und nirgendwo wird der viel geforderte Brückenschlag zwischen Natur- und Geisteswissenschaften so elegant praktiziert wie in der Sendung von Gerd Sobel. Während die Hauptsender ihr Publikum mit Alpenromanzen, Bergdoktoren und Krimileichen versorgen, kümmert sich der Spartensender um den Bildungsauftrag.

In einem Schreiben an die Rundfunkkommission drücken die Pressevertreter der Helmholtz-Gemeinschaft ihre Sorge über den Reformplan aus. Bis heute ist zwar unklar, wie eine Fusion von Arte und 3sat rechtlich gelingen könnte, nach dem Beschluss der Ministerpräsidenten ist es aber immerhin möglich, bislang eigenständige 3sat-Sendungen in das Arte-Programm zu überführen. Die Pandemie habe gezeigt, heißt es in dem Schreiben, wie wichtig es sei, nicht nur wissenschaftliche Fakten, sondern auch den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess dem Publikum näherzubringen. Am Typus des Querdenkers kann die Politik die Folgen zusammengebastelter Evidenzen studieren. Die dadurch verursachten sozialen und politischen Risse sind bis heute nicht verheilt.

Die sozialen Medien mit ihrer algorithmengesteuerten Eskalationsdynamik, macht das Helmholtz-Schreiben klar, sind eben kein Terrain für seriöse Information. Wissenschaftsjournalismus braucht Fachwissen und etablierte Strukturen, und er braucht einen Sender, der sich für ihn stark macht. Würden die 3sat-Wissenschaftsformate in Zukunft heimatlos zwischen den Sendern umherschwirren, würde diese Expertise geschwächt. Dem Schreiben ist nichts hinzuzufügen. Wenn es das Ziel der Reform ist, das Vertrauen der Bürger in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückzugewinnen, darf man gerade an dieser Stelle nicht sparen. tth